

Interview zu Ukraine und neuen Sanktionsforderungen

Barbara Schmidt-Mattern im Gespräch mit Interview mit Norbert Röttgen, CDU

"Informationen am Morgen", 8.3.2022, 7:15 Uhr

Barbara Schmidt-Mattern: Norbert Röttgen, Mitglied im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages. Schönen guten Morgen, Herr Röttgen.

Norbert Röttgen: Einen guten Morgen.

Schmidt-Mattern: Müssen wir jetzt schnell weitere Waffen, auch Kampfflugzeuge in die Ukraine liefern?

Röttgen: Es wird ja geprüft, weitere Waffen zu liefern. Es kommen auch weitere Waffen an. Ob das Kampfflugzeuge sind, sein werden, MiG-Kampfflugzeuge, sowjetische Kampfflugzeuge, die Polen hat, das ist eine schwierige Grenzfrage, die auch in Polen und von der NATO zu entscheiden ist. Denn es ist ja eben auch diskutiert worden: Wir ziehen eine Linie. Wir unterstützen die Ukraine. Aber die NATO hat auch richtigerweise klargemacht, dass wir nicht das Risiko eines Krieges der NATO mit Russland eingehen. Darum ist das eine sehr schwierige Frage, von der ich auch glaube, dass sie öffentlich jetzt eher nicht erörtert werden soll, gerade was auch die polnische Frage anbelangt.

Schmidt-Mattern: Aber wenn ich Sie richtig verstehe, schließen Sie es nicht aus, dass man zum Beispiel auch mit weiterem Kriegsgerät, also Kampfjets, die Ukraine in der kommenden Zeit unterstützen könnte?

Röttgen: Es ist eine sehr schwierige Frage, die von Deutschland nicht zu beantworten ist, und darum sollten wir uns darin zurückhalten. Es ist auch klar und wichtig, diese Grenze einzuhalten. Die NATO unterstützt, die europäischen Staaten unterstützen, aber wir tun nichts, was selber Kriegsbeteiligung in der Ukraine, um die Ukraine bedeutet, und diese Linie muss klar gehalten werden. Wir kommen sonst in ein unermessliches Risiko eines Krieges, der dann wiederum Weiterungen haben kann, die sich kein Mensch vorstellen kann, diese Linie muss schon eingehalten werden.

Schmidt-Mattern: Herr Röttgen, Sie sagen, wir sollten uns zurückhalten. Genau das ist ja die Haltung Berlins, die in all den Jahren und auch jetzt aktuell immer wieder kritisiert worden ist, dass Deutschland nicht klar Position bezieht und nicht sagt, was es will. Müsste mit dieser Unklarheit nicht endlich Schluss sein?

Röttgen: Es ist ja gerade Klarheit, die ich vertrete. Es ist eine Klarheit, die darin besteht, dass wir, die NATO, sich nicht selbst am Krieg beteiligt. Das ist aus meiner Sicht eine gebotene und zwingende Klarheit und darum dürfen wir auch nichts tun, das diese Klarheit in Zweifel zieht. Es ist also nicht Unklarheit, sondern es ist Klarheit, die aus meiner Position spricht. Teil

der Klarheit ist dann wiederum, dass alles andere, was unterhalb der Kriegsbeteiligung liegt, nach meiner Auffassung von der Europäischen Union, den europäischen Staaten und der NATO gemacht werden sollte. Aber diese eine Grenze müssen wir einhalten. Das ist Teil von Klarheit.

Schmidt-Mattern: Mir ist diese Klarheit noch nicht so ganz klar, denn wenn wir jetzt noch mal mehr ins Detail gehen, dann sind es Überlegungen auf polnischer und US-amerikanischer Seite, Kampfjets aus alten Sowjetbeständen aus Polen der Ukraine zu geben und damit zu umgehen, dass man als NATO Kampfjets zustellen würde. Glauben Sie, dass Wladimir Putin so einem Schachzug akzeptieren würde?

Röttgen: Wir hatten die Frage jetzt schon mehrfach erörtert und ich habe ausgedrückt, dass das eine schwierige Frage ist, dass die von Deutschland selber zu unterscheiden ist.

Schmidt-Mattern: Aber Sie hatten auch von Klarheit gesprochen, weswegen ich nachgefragt hatte.

Röttgen: Ja, aber ich kann Ihnen leider nicht mehr sagen. Ich finde, uns muss allen klar sein, es ist nicht die Frage und die Entscheidung eines einzelnen oder einer einzelnen, sondern es muss insgesamt entschieden werden. Ich äußere meine Zurückhaltung darüber in dieser Frage, weil mir nicht völlig klar ist, ob wir damit eine Grenze überschreiten, von der ich ganz überzeugt bin, dass wir sie nicht überschreiten dürfen. Mehr kann ich Ihnen leider nicht sagen als diesen verbleibenden Zweifel.

Schmidt-Mattern: Das ist auch völlig in Ordnung zum jetzigen Zeitpunkt. Dann lassen Sie uns auf das Thema Sanktionen schauen. Sie haben am gestrigen Montag im Tagesspiegel geschrieben, wir müssen Russlands Öl- und Gasgeschäft jetzt stoppen. Ist das mit Verlaub realistisch, Herr Röttgen?

Röttgen: Ja, ich glaube, dass das realistisch ist. Das ist eine weitreichende, eine harte Entscheidung, aber ich glaube, es ist eine machbare und weil machbare notwendige Entscheidung. Denn der Verkauf von Öl und Gas ist ja die entscheidende Lebensader des Regimes Putin, und durch den Krieg ist aus diesem Verkauf noch viel mehr ein Geschäftsmodell auf Rekordpreisen geworden. Annähernd eine Milliarde Dollar spülen wir ihm täglich in die Kriegskasse – dadurch, dass das weitergeht, und dadurch, dass die Banken, die das finanzieren, nicht von SWIFT ausgeschlossen worden sind. Man muss fragen: Geht es denn. Die Bundesregierung hat erklärt, selbst wenn alle Öl-, Gas- und Kohlelieferungen eingestellt würden, kommen wir bis in den nächsten Winter. Das heißt, wir haben Zeit und auch Möglichkeiten, diese Zeit zu überstehen und auch in der Zwischenzeit energiepolitisch neue Maßnahmen zu treffen. Wenn es geht, auf der Basis der Aussagen der Bundesregierung, dann sollten wir es machen, denn es ist dann ein wichtiger Beitrag, Wladimir Putin wirtschaftlich trockenzuliegen und unseren Beitrag dazu zu erbringen, dass alles getan wird, diesen Krieg, das Leiden, das Sterben zu beenden.

Schmidt-Mattern: Droht uns dann möglicherweise – das ist ja der Grund für die Bedenken der Ampel, eine Rezession, explodierende Energiepreise – eine Gelbwestenbewegung in Deutschland?

Röttgen: Man muss diese Frage ganz klar an den Fakten orientiert beantworten, nicht ob die Regierung Angst hat, wenn Sie sagen Gelbwestenbewegung. Ich glaube, es kann jetzt nicht darum gehen, dass die Regierung Angst hat vor der eigenen Bevölkerung. Ich glaube, dass die eigene Bevölkerung es verdient, weil sie solidarisch ist, weil sie stark ist, weil sie weiß, worum es geht, dass man mit ihr offen und ehrlich spricht über die wirtschaftlichen Möglichkeiten, über die Folgen, die es hat, aber auch über das, was man für die Beendigung des Krieges damit erreicht. Die Aussage des Bundeswirtschaftsministers ist ganz eindeutig: Wir haben die Reserven, wir können es machen. Jetzt sagt der Bundeskanzler gestern etwas nebulös, im Moment kann es Europa nicht. Das ist eine sehr nebulöse Aussage. Denn was heißt denn im Moment? Ist das jetzt und in einem Monat nicht mehr, in drei Monaten?

Schmidt-Mattern: In diesem Winter, heißt das.

Röttgen: Bitte?

Schmidt-Mattern: In diesem Winter, heißt das.

Röttgen: Im Moment ist jetzt nicht in diesem Winter. Im Moment wäre schon wieder klarer als im Moment. Im Moment ist eine sehr unklare Aussage. Ich glaube, sie ist bewusst unklar. Er ist ja der deutsche Bundeskanzler. Wenn er sagt, in Europa, dann fragt man sich, wer ist Europa. Der französische Staatspräsident spricht sich dafür aus, der britische Premierminister spricht sich dafür aus. Das ist eine sehr unklare Aussage und es kann jetzt nicht um politisches Kalkül und Taktieren der Regierung in Deutschland gehen, sondern wir müssen ganz nüchtern fragen, was sind unsere wirtschaftlichen Möglichkeiten, dafür einen Beitrag zu leisten, dass Putin die Luft ausgeht in seiner Kriegsführung. Das ist die entscheidende und allein entscheidende Frage. Ich glaube, auch aus Sicht der Bevölkerung, die mit hoher Verantwortung und großer Empathie hier die Sache betrachtet.

Schmidt-Mattern: Alternativen heißt für Sie dann auch, dass wir den Kohle- und den Atomausstieg verlängern, um aus den russischen Importen aussteigen zu können?

Röttgen: Alternative heißt zunächst mal bei Gas, dass die Gasspeicher in Deutschland nach Aussage der Regierung so aufgefüllt sind, dass wir die ausbleibende russische Lieferung durch unsere Gasvorräte ersetzen können. Beim Thema Öl ist es ganz anders, weil es ja nicht leitungsgebunden ist. Da sind die Möglichkeiten größer. Ja, ich glaube aber auch, dass wir in der Zwischenzeit vorübergehend möglicherweise Grund haben, dann anders zu entscheiden, sowohl was die Frage der Kernenergie, was auch die Frage von Kohlekraftwerken anbelangt. Es ist ein Teil der Wahrheit, dass die Beendigung des Krieges als oberstes Ziel dazu führen kann, dass wir andere wichtige Ziele, das Ende der Nuklearnutzung, auch der Ausstieg aus der Kohleverstromung, der Kohlenutzung, zu Lasten dieser Ziele geht und wir sie jetzt auch eine Weile aussetzen müssen. Das kann der Fall sein, das muss man ganz nüchtern und klar darlegen.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.